

"EU-Parlamentarier stellen Weichen für Juncker" in Tageblatt (28. Mai 2014)

Quelle: KEMP, Guy "EU-Parlamentarier stellen Weichen für Juncker" dans Tageblatt. 28.05.2014, p.5.

Urheberrecht: (c) Editpress Luxembourg/Tageblatt

Hinweis: "Dieses Dokument wurde mit Texterkennung (OCR - Optical Character Recognition) bearbeitet. Volltextsuche und "Kopieren und Einfügen" sind möglich. Das Ergebnis der Texterkennung hängt jedoch von der Qualität des Originaldokuments ab."

URL:

http://www.cvce.eu/obj/eu_parlamentarier_stellen_weichen_fur_juncker_in_tageblatt_28_mai_2014-de-04f1e1fe-07e3-44fc-8c81-cfabae44ccfa.html



Publication date: 22/11/2016

Beratungen über den künftigen EU-Kommissionspräsidenten in Brüssel

EU-Parlamentarier stellen Weichen für Juncker

Guy Kemp

In Brüssel begannen gestern die EU-Staats- und Regierungschefs mit ihren Beratungen über die Nachfolge von EU-Kommissionspräsident José Manuel Barroso. Zuvor hatte das Europäische Parlament jedoch schon eine klare Weichenstellung vorgenommen: Jean-Claude Juncker sei am Zug, ließen die EP-Abgeordneten mitteilen.

Das informelle Gipfeltreffen habe ohnehin nicht das Ziel, dem Europäischen Parlament einen Namen vorzuschlagen, ließ der Vorsitzende des Europäischen Rates, Herman van Rompuy, der das gestrige Dinner präsiidierte, bereits vor Tagen mitteilen. Es gehe vielmehr darum, dass die 28 Staats- und Regierungschefs ihm ein Mandat geben, Verhandlungen mit den EU-Parlamentariern zu führen. Was sicherlich seinen Nutzen hat, denn diese müssen schließlich dem neuen Kommissionspräsidenten ihre Zustimmung erteilen.

Und um klarzumachen, wie die Dinge in der obersten Personalfrage der Union weitergehen sollen, war bereits Stunden vor dem informellen Gipfeltreffen die Konferenz der Präsidenten des EP – der EP-Präsident und die Vorsitzenden der EP-Fraktionen – zusammengekommen. Diese sprachen sich mehrheitlich dafür aus, dass der Spitzenkandidat der Europäischen Volkspartei (EVP) sich um eine Mehrheit im EP bemühen sollte. In ihrem nach der Sitzung verbreiteten Schreiben heißt es: „Der Kandidat der größten Gruppe, Herr Jean-Claude Juncker, wird der Erste sein, der versucht, die nötige Mehrheit zu bilden.“ Auf dieser Basis würde das EP den Europäischen Rat dazu einladen, interinstitutionelle Konsultationen zu beginnen.

In einer Pressemitteilung des EP wird darauf hingewiesen, dass hinter dieser Entscheidung 645 Mitglieder des derzeitigen und mindestens 561 Mitglieder der künftigen Volksvertretung stehen würden. Was bedeutet, dass die Fraktionen der konservativen EVP, der Sozialisten und Sozialdemokraten, der Liberalen, der

Grünen und der Vereinigten Linken, also alle politischen Gruppierungen, die einen Spitzenkandidaten ins Rennen geschickt hatten, diese Entscheidung unterstützen.

Am Nachmittag informierten die beiden Fraktionsvorsitzenden Joseph Daul (EVP) und Hannes Swoboda (S&D) den EU-Ratsvorsitzenden über das Resultat des Treffens. Martin Schulz, der EP-Präsident und Spitzenkandidat der Sozialisten, hielt sich zurück, da er bereits im Vorfeld der Sitzung mit Vorwürfen der Vorteilsnahme konfrontiert wurde, als er die Sitzung der Konferenz der Präsidenten anberaumt hatte.

Nicht nur auf Personen fokussieren

Nachdem am Nachmittag die großen politischen Parteien ihre traditionellen Vorgipfel-Treffen in Brüssel abgehalten hatten, wurde beim sukzessiven Eintreffen der Staats- und Regierungschefs im Ratsgebäude deutlich, das manche nicht nur Personalfragen klären wollten. Vor allem dem französischen Präsidenten François Hollande war daran gelegen, zu erklären, dass es da noch „ein Problem“ gebe. „Wenn Frankreich, ein Gründungsland der Europäischen Union, so wählt, wie es am Sonntag gewählt hat (...), ja, es gibt ein Problem“, erklärte er vor wartenden Journalisten.

Damit sich bei den nächsten Wahlen nicht noch mehr Bürger gegen die EU wenden, müsste nicht nur über den künftigen EU-Kommissionspräsidenten geredet werden, sondern auch „über den Inhalt eines Mandats, das der nächsten Kommission anvertraut“ werde, so François Hollande. Ähnlich äußerten sich die deutsche Kanzlerin Angela Merkel und der griechische Ministerpräsident Antonis Samaras, der mehr Wettbewerbsfähigkeit, Beschäftigung und Solidarität eingefordert hat.

„Der spannendste Moment ist jetzt nicht, wer Kommissionspräsident wird, sondern was für die Menschen in Europa getan

wird“, meinte gestern auch der luxemburgische Außenminister Jean-Asselborn, der in Brüssel an einem Treffen sozialistischer Regierungsmitglieder teilnahm. Es wäre ein Fehler, wenn sich jetzt über Wochen auf Namen und Personen fokussiert werde und die bestehenden Probleme in Europa außer Acht gelassen würden, betonte Jean Asselborn.

Gegner formieren sich

Dennoch wird vorher eine Kommission zu bilden sein, die geführt werden will. Und dass dies zumindest auf Seiten des Europäischen Rates nicht reibungslos über die Bühne geht, wurde gestern wieder deutlich. Etwa als der schwedische Ministerpräsident Fredrik Reinfeldt wiederholte, dass er von Beginn an gegen die Aufstellung von Spitzenkandidaten gewesen sei. Der ungarische Regierungschef Viktor Orban, der sich bereits gegen eine Kandidatur Jean-Claude Junckers ausgesprochen hat, will ebenfalls keinen Automatismus zwischen dem Wahlausgang und der Kandidatur für den EU-Kommissionspräsidenten erkennen, wie er gestern erklärte.

Schwierigkeiten bereitet ebenfalls der britische Premierminister David Cameron, dessen Tories die Fraktion der Konservativen und Reformisten im EP anführen und erst keinen Spitzenkandidaten aufgestellt hatten. Cameron ging beim Eintreffen im Justus-Lipsius-Gebäude nur indirekt auf die Kandidatenkür ein und meinte, dass Europa jetzt jemanden an der Spitze brauche, der für weniger Brüssel sei, den Nationalstaaten wieder mehr Gewicht verschaffe und ein Europa aufbauen wolle, das „für Offenheit, Wettbewerbsfähigkeit und Flexibilität“ stehe, und „nicht für die Vergangenheit“.

Auch wenn der österreichische Bundeskanzler Werner Faymann meinte, dass man versuchen müsse, die Briten zu überzeugen, sich aber nicht von ihnen aufhalten lassen sollte, ist London dabei, eine Sperrminorität gegen eine Kandidatur Junckers aufzubauen.

en. Dieser würden neben Ungarn und Schweden auch die Niederlande und Slowenien angehören, erklärte Jean Asselborn. Doch brächte es diese Gruppe nicht fertig, eine Alternative anzubieten. „Da kommt nichts“, ärgert sich der luxemburgische Außenminister.

Er verlangte, dass der Rat so schnell wie möglich Verhandlungen mit dem EP aufnehmen soll-

te. Was auch der luxemburgische Premierminister Xavier Bettel beim Eintreffen im Ratsgebäude forderte. Er wolle keine neue Krise in der EU. Immerhin hätten sich die Parteien darauf verständigt, dass die stärkste Fraktion zum Zuge kommen sollte, so Xavier Bettel.

Dabei könnten die Verhandlungen zwischen Herman van Rompuy und dem EP sowie die Diskussionen, die Jean-Claude

Juncker mit den einzelnen Fraktionen im EP zu führen habe, parallel verlaufen, sagte Jean Asselborn. Wobei der Spitzenkandidat auf einen alten Bekannten treffen könnte. Denn Martin Schulz sollte für die Übergangszeit bis zur konstituierenden Sitzung des EP am 1. Juli kommende Woche den Fraktionsvorsitz der Sozialisten im EP übertragen bekommen.



Foto: Thomas Barbancey

Sozialistische Spitzenpolitiker aus Europa diskutierten gestern in Brüssel über das weitere Vorgehen in der Frage des künftigen EU-Kommissionspräsidenten